

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Florian Toncar, Harald Leibrecht,
Burkhardt Müller-Sönksen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der
FDP
- Drucksache 16/9340 -**

Das Verhalten von Birmas Junta muss Konsequenzen haben

A. Problem

Seit 1962 wird Birma/Myanmar von verschiedenen Militärregimen regiert. Die Folgen des repressiven Regierungsstils für die wirtschaftliche Entwicklung sowie für die menschliche Lage im Lande sind erschütternd.

So schlug die Junta im September 2007 Demokratiebewegungen von zahlreichen friedlichen buddhistischen Mönchen und weiten Teile der Zivilgesellschaft gegen die Politik der Militärdiktatoren unter Anwendung exzessiver Gewalt brutal nieder und verstärkte durch Massenverhaftungen und eine Nachrichtensperre die Unterdrückung kritischer Stimmen. Vermittlungsbemühungen der Vereinten Nationen (VN) blieben ohne greifbare Verbesserungen der menschenrechtlichen Situation.

Des Weiteren unterließ es die Militärregierung Birmas/Myanmars trotz Warnung einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen vor einer herannahenden Gefahr durch einen Wirbelsturm, Evakuierungs- und Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung vorzunehmen. In der Folge wurde das Land am 3. Mai 2008 mit der schlimmsten humanitären Katastrophe Asiens seit dem Tsunami im Jahre 2004 konfrontiert. Nach Angaben der Vereinten Nationen belaufen sich die Schätzungen auf über 130 000 Todesopfer sowie auf bis zu 2,4 Millionen Obdachlose.

Darüber hinaus war für den 10. Mai 2008 in Birma/Myanmar ein Referendum über einen neuen Verfassungsentwurf vorgesehen, welches der Festigung der Macht der Militärs dienen sollte. Um das Land vor und während des Referendums für Ausländer abzuschotten und eine Transparenz des undemokratischen Abstimmungsprozesses mit Einschüchterungen und Manipulationen zu verhindern, verweigerte die Junta die Einreise ausländischer Wahlbeobachter und auch der ausländischen Katastrophenhelfer und Journalisten. Selbst nach wiederholten internationalen Aufforderungen lehnte die Militärregierung die Einreise für die

humanitären Helfer ab. Es wird befürchtet, dass die Verhinderung professioneller humanitärer Hilfe in den entscheidenden Wochen der Katastrophe unzählige Menschenleben gekostet hat.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um

- im Rahmen der Europäischen Union (EU) die finanziellen Sanktionen gegen die birmanische Junta zu verschärfen, so dass neben der Einfrierung von Guthaben auch Finanztransaktionen von Dritten an die Junta, die durch Banken in der EU fließen, erfasst und unterbunden werden;
- im Rahmen der Europäischen Union die Liste der von der Lieferung an die birmanische Junta ausgeschlossenen Güter um exklusive Luxusgüter zu erweitern;
- im Rahmen der Europäischen Union die von den EU-Sanktionen erfassten Zielgruppen zu erweitern;
- im Rahmen der Europäischen Union das eigene Vorgehen mit dem anderer Staaten wie den USA und Australien zu koordinieren;
- auf Ebene der Vereinten Nationen für ein Waffenembargo und spürbare weitere Sanktionen gegen Birma/Myanmar einzutreten;
- auf internationaler Ebene, insbesondere bei den Partnern in Asien, für ein verstärktes Engagement hinsichtlich politischer Reformen in Birma/Myanmar und die Verhängung gezielter Sanktionsmaßnahmen gegen Birma/Myanmar einzutreten und
- der birmanischen Führung zu signalisieren, dass die EU ihre Sanktionen erst lockern wird, wenn eine deutliche Verbesserung der Menschenrechtslage im Land spürbar wird.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie je einer Stimmenthaltung der Fraktionen CDU/CSU und SPD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

den Antrag auf Drucksache 16/9340 abzulehnen.

Berlin, den 24. September 2008

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Holger Haibach
Berichterstatter

Johannes Pflug
Berichterstatter

Harald Leibrecht
Berichterstatter

Dr. Norman Paech
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

elektronische Vorab-Fassung*

Bericht der Abgeordneten Holger Haibach, Johannes Pflug, Harald Leibrecht, Dr. Norman Paech und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/9340** in seiner 169. Sitzung am 19. Juni 2008 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 69. Sitzung am 24. September 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 67. Sitzung am 24. September 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 24. September 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 24. September 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie je einer Stimmenthaltung der Fraktionen CDU/CSU und SPD die Ablehnung.

Berlin, den 24. September 2008

Holger Haibach

Berichterstatter

Johannes Pflug

Berichterstatter

Harald Leibrecht

Berichterstatter

Dr. Norman Paech

Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)

Berichterstatterin

elektronische Vorab-Fassung*